

beijing 27.04.1990 16h00 u r g e n t

83 hnnhh

fuer: eda, direktion fuer voelkerrecht
herrn j.-d. vigny

kopie bitte an: eda, politische abteilung ii

t i b e t

quellen: gespraech mit seit zwei jahren im tibet lebender
schweizerin (x), hohem beamter tibetischer herkunft (y),
srk-team in shigatse (z)

nenme zu inrer nr 68 betreffend interpellation nr l o e b
wie folgt stellung:

1. menschenrechtslage

am 8. maerz 1989 (nicht 1987 wie es in der interpellation
stent) war im zusammenhang mit unruhen, die den 30. jahres-
tag des 59er-aufstandes markieren sollten, ueber die stadt
lnasa und deren umgebung im umkreis von rund 90 km kriegs-
recht vernaengt worden. dieses ist auch heute noch in kraft.
nachdem dann im maerz-april letzten jahres bewaffnete volks-
polizei lnasa und umgebung mit ausgesprochener brutalitaet
"verwaltet" hatte, entspannte sich die lage ab ende mai
wieder etwas, als teile der 52. division aus sichuan die
bewaffnete polizei abloesten.

heute sind laut (x) in der tibetischen hauptstadt auf den
wichtigsten strassen in abstaenden von rund 500 m immer noch
bewaffnete kontrollposten positioniert, welche die identi-
taet aller passierenden ueberpruefen. rund um die kloester,
insbesondere um ganden, drepung und sera, sind bewaffnete
wachen aufgestellt. zusaetzlich zu den drei bereits beste-
henden haupt- und den zwei provisorischen gefaengnissen soll
gegenwaertig ein sechstes "staatsgasthaus" gebaut werden
(kapazitaet unbekannt). angesichts der unueberschaubaren macht-
demonstration duerften manifestationen kaum mehr moeglich
sein. die lage kann dementsprechend als "ruhig" bezeichnet
werden. verhaeltungen sind im uebrigen, immer laut (x), waeh-
rend den letzten wochen zurueckgegangen, und eine beschraenk-
te anzahl von tibetern, die anfangs maerz verhaftet wurden,
sind im laufenden monat wieder entlassen worden. die von
den chinesen im vergangenen maerz ausgesprochene drohung,
die auf rund 45'000 geschätzten, ohne niederlassungsbewil-
ligung in der tibetischen hauptstadt lebenden tibeter aus
lnasa hinauszuschaffen, ist laut (x) ebenfalls wieder fal-
lengelassen worden.

in dem vom srk-team informationsmaessig erfassten gebiet von shigatse und umgebung war nie kriegsrecht ausgerufen worden, es gab dort deshalb auch nie bewaffnete volkspolizei. exzesse seitens der zahlenmaessig wenig sichtbaren chinesischen verwaltung sind laut (z) weder von der brutalitaet noch von der haeufigkeit her mit den missstaenden in lhasa zu vergleichen.

2. chinesische nationalitaetenpolitik

die angst der politischen elite chinas vor einem wiederaus-einanderfallen des landes hatte die kommunistische fuehrung von anfang an veranlasst, in fragen ethnischer minderheiten nur aeusserst geringe toleranz zu zeigen. die unterwerfung des tibets anfangs der 50er-jahre durch die truppen der volksbefreiungsarmee unter fuehrung von deng xiaoping ist in diesem zusammenhang zu verstehen. in den ersten dreissig jahren nach der machtergreifung durch die kommunisten wurde die politik der unterwerfung der tibeter unter die chinesische ordnung bekanntlich systematisch und nach 1959 ruecksichtslos durchgesetzt. der ausschliesslichkeitsanspruch der chinesen zielte auf eine schrittweise uniformierung aller minoritaeten ab, inklusive der tibeter. die wirtschaftliche entwicklung aller gebiete mit ethnischen minderheiten wurde dabei als allerweltsheilmittel gepriesen, mit dem sich auch das tibetproblem auf alle zeiten loesen lassen werde.

vom modernisierungssegen fiel jedoch fuer die bevoelkerung des tibets wenig ab, wobei das wenige in erster linie noch den drei groesseren staedten zugute kam, wo die han-chinesen konzentriert sind. dieser missstand wurde von hu yaobang anlaesslich einer tibetreise mit bedauern zur kenntnis genommen, und es wurden groessere finanzhilfe sowie weitgehende selbstverwaltung in aussicht gestellt. abgesehen vom bau weiterer strassen und zusaetzlicher verwaltungsgebaeude floss aber auch in den 80er-jahren, trotz gegenteiliger behauptungen in der chinesischen presse, nicht viel mehr geld nach tibet. und die modernisierung des strassennetzes kann

auch auf andere motive als jenes der wirtschaftlichen entwicklung des tibets zurueckgefuehrt werden.

echte selbstverwaltung der tibeter duerfte fuer china laengerfristig der einzig begenbare weg sein, um die buffer-region tibet als integrierten bestandteil des landes zu halten. sollte allerdings der wind, welcher seit geraumer zeit durch die sowjetunion blaest, bald auch nach china eindringen, so wird die chinesische zentralfuehrung moeglicherweise noch vor ende dieses jahrhunderts zur kenntnis nehmen muessen, dass demokratisierung und selbstbestimmung unzertrennliche glieder eines einzigen sind. der weg zu dieser erkentnis duerfte nicht frei von blut und mit bezug auf das tibet u.u. einiges steiniger sein als in andern gebieten der heutigen volksrepublik.

3. politische lage an der chinesischen fuehrungsspitze und interventionen seitens des auslandes

in zeiten wie den jetzigen, in denen spannungen an der fuehrungsspitze deutlich erkennbar sind, koennen die harten elemente in der provinz und erst recht in den autonomen regionen ihren einfluss weiter verstaerken, was eine reale verschlechterung der effektiven menschenrechtslage beinhaltet. in einem solchen politischen klima wie dem heutigen, sind interventionen seitens des auslandes in menschenrechtsfragen kontraproduktiv, weil sie von den harten elementen als vorwand genommen werden, den hebel noch staerker anzuziehen und mit nackter gewalt alles zu unterdruecken, was die exklusive herrschaft der politischen elite gefaehrden koennte. eine auslaendische praesenz im tibet aufrecht zu erhalten, wie jene des srk in shigatse oder der brd in der umgebung von lhasa (lederfabrik), ist m.e. ein wirksameres mittel, die exzesse der hardliner-chinesen in relativen schranken zu halten, als verbale verurteilung durch auslaendische regierungen. denn auch mit bezug auf das tibet haben die chinesen ein gesicht und wollen vermeiden, von auslaendern bei der ausuebung von brutalitaeten an tibetern erwischt zu werden. solange es eine permanente auslaendische praesenz im tibet gibt, besteht eine gewisse schranke fuer die vertreter der harten linie in sachen einschuechterung der tibeter mit gewaltmitteln. (y) bestaetigte diese interpretation der dinge als zutreffend und bat, 'alles zu unternehmen, damit die schweiz im tibet praesent bleibe'.

durch verbale verurteilung der effektiven menschenrechtsverletzungen im tibet seitens des bundesrates wuerden wir m.e. nicht nur die schweizerische praesenz in shigatse gefaehrden, sondern auch jene der brd bei lhasa in gefahr bringen und damit die derzeit einzige wirksame einflussnahmemoeglichkeit - auch wenn diese zugegebenermassen nur indirekter natur ist - aufgeben. moechten die die interpellation loeb unterzeichnenden nationalraete etwas aktives und gleichzeitig wirksames zur linderung der dem tibetischen volk durch die derzeitige chinesische verwaltung auferlegten haerten unternehmen, so kann ich - wuerde ich um meine meinung gebeten - keinen ratschlag geben, weil es im augenblick nichts zu tun gibt. andererseits bin ich zutiefst ueberzeugt, dass eine 'klare und engagierte' stellungnahme des bundesrates in sachen verletzung der menschenrechte im tibet bei der heutigen konjunktur chinas die schweizerische praesenz in shigatse gefaehrden wuerde, was letzteres fuer das tibetische volk an potentiell wieder zunehmenden brutalitaeten heissen koennte, ist leicht vorstellbar.

schurtenberger.

ambasuisse